

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Annoncen-Abteilungen entgegen. — Erscheint werktäglich, fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind 50 Cent pro Zeile und 100 Cent pro Zeile für Anzeigen aus dem Ausland. — Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus dem Ausland sind 100 Cent pro Zeile und 200 Cent pro Zeile für Anzeigen aus dem Ausland.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 133

Donnerstag, den 11. Juni 1925

20. Jahrgang

### England ist mit der Einigung in Genf zufrieden.

London, 9. Juni. In britischen diplomatischen Kreisen herrscht rückhaltlose Befriedigung über die Nachricht aus Genf, daß zwischen Großbritannien und Frankreich eine vollständige Einigung über die Grundlage, auf der die Verhandlungen über den geplanten Sicherheitspakt weiterzuführen sind, zustande gekommen ist. Es wurde betont, daß es seit der ersten Anregung der deutschen Regierung zweifellos war, daß der Pakt bei etwaiger Berücksichtigung streng gegenseitig und zweifelhafte sein würde, und daß die Verpflichtungen Englands sich auf die Garantie der Grenzen zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits beschränken würden. Dem britischen Standpunkt aus war nicht in Aussicht gestellt worden, in einen etwaigen Konflikt, an dem England kein tatsächliches Interesse hätte, einzugreifen, sondern durch eine gegenseitige Verständigung und zweifelsfreie Festlegung der englischen Interessen in Mitteleuropa die Gefahr eines Krieges an der genannten Grenze auszuschließen. Alle Unterzeichner des Paktes, — zu denen offensichtlich auch Belgien und Italien gehören werden —, sollten alle den Völkerbundmitgliedern zukommenden Rechte und Pflichten übernehmen, ebenso wie auch Deutschland, da der Pakt erst in Kraft treten könne, wenn Deutschland selbst vollberechtigtes Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Bezüglich der anderen Grenzen Deutschlands verläutet, daß der Pakt in keiner Hinsicht die darauf bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages abschwächen werde, und daß etwaige Streitigkeiten unter die Bestimmungen des Völkerbundespaktes fallen werden. Die Wirkung des neuen Paktes wurde von gutunterrichteter Seite dahin zusammengefaßt, daß Großbritannien sich hinsichtlich der französischen Grenze in genau der gleichen Lage befinden werde wie im Jahre 1914 hinsichtlich der belgischen.

Premierminister Baldwin erklärte in der heutigen Sitzung des Unterhauses, daß er hoffe, sich gegen Ende

der nächsten Woche, sobald Chamberlain nach London zurückgekehrt sei, zu dem englisch-französischen Abkommen über den Sicherheitspakt äußern zu können.

#### Europa ist friedlicher!

London, 9. Juni. Auf dem Kongress der konservativen Frauen sagte Kriegsminister Worthington Evans: Gestern ist Außenminister Chamberlain in Genf zu einer endgültigen Vereinbarung mit Briand hinsichtlich der Antwort an Deutschland gelangt. Ich glaube, daß diese Vereinbarung viel zur Stabilisierung der Lage Europas beitragen wird und daß wir jetzt am Anfang eines viel friedlicheren Zustandes in Europa stehen als je seit dem Waffenstillstand. Wenn dies erreicht werden kann, so wird es viel zur Ermüdung der Völker Europas und zur Förderung friedlicher Verhältnisse für den Handel beitragen.

#### Ueberreichung des Rotes nach Rückkehr Briands.

Paris, 9. Juni. Havas meldet aus Genf: Die Note zur Sicherheitsfrage, über die sich die englische und französische Regierung nunmehr geeinigt haben, wird Deutschland nach der Rückkehr Briands nach Paris überreicht werden. Briand beabsichtigt, Genf nicht vor Mittwoch abend zu verlassen und Chamberlain wird seinen Aufenthalt bis Donnerstag verlängern, zu welchem Zeitpunkt höchstwahrscheinlich der Völkerbundsrat seine Arbeit beendet haben wird. Die Note an Deutschland, deren Text feststeht, wird nicht weiter enthalten als eine möglichst klare Aufzählung der Grundzüge, auf denen jeder Sicherheitspakt, an dem Deutschland teilnimmt, notwendigerweise aufgebaut sein muß. Sobald die deutsche Regierung in ihrem Besitz sein wird, wird sie unzweifelhaft erkennen, unter welchen Bedingungen der von ihr selbst gemachte Vorschlag Erfolg haben kann.

### Ausdehnung der Unruhen in China

London, 9. Juni. Die Blätter berichten weiter eingehend über die ernste Lage in China. „Times“ meldet aus Schanghai, die Unruhen mehrten sich, daß die Unruhen weitere Provinzen in Mitteleuropa zöhen. Die Stimmung in Honan sei gereizt, die Lage der dortigen Ausländer beruhe auf Besorgnis.

Laut „Daily Telegraph“ sind die britischen amtlichen Kreise wegen der Lage in China sehr beunruhigt. „Daily Telegraph“ berichtet aus Tokio, daß maßgebenden Berichten zufolge China von Kanton bis Peking und von Szechuan bis zur Mündung des Yangtsekiang in Gefahr sei. Eine Meldung der „Associated Press“, wonach Kanton beabsichtigt, sich die Kontrolle Chinas zu sichern, habe zu wichtigen privaten Konferenzen an hoher japanischer Stelle geführt. Nach der in der japanischen Hauptstadt vertretenen Ansicht könne keines Augenblick gezwungen werden, daß ein Abkommen besteht, durch das die Hauptinteressen Tokios, Moskaus und Peking nach einer unvermeidlichen Periode des Chaos bei der Japan der größte unmittelbare Benefiziar sein werde, sichergestellt werden. Von hoher Seite verlaute, daß die Entwicklung in den nächsten sechs Monaten den Beginn einer vollkommen neuen Ära im Fernen Osten bedeuten werde.

„Morning Post“ meldet aus Schanghai, daß die Ausländer jetzt als einen ernstesten Fehler die Befreiung ansehen, die zur Aufhebung der extraterritorialen Rechte der Deutschen, der Österreicher und anderer führten, und zwar wegen des Prestigeverlustes, den die Aufhebung zur Folge hatte.

Paris, 9. Juni. Wie Havas aus Schanghai meldet, haben verschiedene Vereinigungen von Studenten und mehrere Verbände von Handlungsangestellten gestern abend in der Handelskammer eine Konferenz abgehalten. Sie haben 17 Entschlüsse gefaßt, in denen insbesondere die Klammung Schanghais durch die Marineinfanterie, die Freilassung der festgenommenen russischen, Abschaffung der Extraterritorialität, Abschaffung des Gemischten Schiedsgerichts usw. gefordert wird. In einer dieser Entschlüsse wird auch gefordert, daß die englischen und die japanischen diplomatischen Vertreter sich bei der chinesischen Regierung entschuldigen und die Zustimmung geben sollen, daß keine Repressalien für die Zukunft ergriffen werden.

Schanghai, 9. Juni. In der Lage des Streiks ist infolgedessen eine neue Entwicklung eingetreten, als sich die chinesischen Seeleute angeschlossen haben, der Bewegung anzuschließen. 800 Seeleute von 6 britischen Dampfern, die in Küsten- und Flußhandel fahren, tra-

ten gestern in den Streik. Bisher sind Dampfer von der Bewegung unberührt geblieben. Die japanischen Schiffe haben ebenfalls mit Schwierigkeiten zu kämpfen und erwägen die Ersetzung der chinesischen Besatzungen durch Japaner. Der Streik der Dockarbeiter hat die Tätigkeit der Docks unterbrochen. Da die chinesischen Banken und Schiffsfirmer, die die Ladungen finanzieren und Handel treiben, ihre Büros geschlossen haben, finden Güterbewegungen in nur geringem Umfang statt.

### Was geht in Bulgarien vor?

Die Nachricht über erneute große Unruhen in Bulgarien wurden von der bulgarischen Botschaft dementiert. Es wurde erklärt, daß die Ruhe in Bulgarien vollständig hergestellt und der Belagerungszustand aufgehoben sei.

Das „Berliner Tageblatt“ meldete gestern Straßenkämpfe in Sofia.

Sofia, 9. Juni. Bei einem Straßenkampf wurden 7 Personen, darunter ein Mitglied des Parlaments, getötet, mehrere hundert verwundet.

WTD. berichtet über Verhaftungen im Bezirk Garmanli:

Sofia, 9. Juni. In dem Bezirk Garmanli sind 300 Personen festgenommen worden, die verdächtig sind, mit den Verschwörerorganisationen in Verbindung zu stehen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der kommunistische Führer und ehemalige Abgeordnete Dr. Gipsosoff.

Bis jetzt ist gegen diese Nachrichten noch kein Dementi erfolgt und es ist anzunehmen, daß trotz den Versicherungen der Regierung die Unruhen weitergreifen.

Sofia, 9. Juni. Die Polizei hat nunmehr den Zentralausschuß entdeckt, der materielle Unterstützungen an die Angehörigen der gefallenen und geflüchteten Verschwörer verteilte. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit wurden 47 Personen verhaftet, die bereits ein Geständnis abgelegt haben.

Sofia, 9. Juni. Die bulgarische Regierung verweigert die Herausgabe des sowjetrussischen Schiffes „Utrisch“, solange der bulgarische Motorschoner „Wassow“, der in Odessa von den Sowjetbehörden beschlagnahmt worden ist, nicht freigegeben ist.

Sofia, 9. Juni. Nach amtlichen Angaben befinden sich augenblicklich über 2500 bulgarische Emigranten in Jugoslawien. Davon sind 800 Kommunisten und 1700 Angehörige der Bauernpartei.

### Presse und „öffentliche Meinung“ Sowjetrusslands.

Der Sonderberichterstatter der „Rostocker Zeitung“, Dr. Erwin König, Moskau, schreibt in Nr. 187 unter obiger Ueberschrift:

„Im Bürgerkrieg sind Zeitungen ebenso eine Waffe wie Maschinengewehre“ hat vor sieben Jahren der von Bucharin verfaßte kommunistische „Katechismus“ verurteilt. Der Bürgerkrieg ist zwar ausgebrochen, mit ausländischen Staaten werden Verträge geschlossen, mögen sie noch so absolutistisch regiert werden und ihre eigenen Kommunisten noch so sehr unterdrücken, aber die Meinungsfreiheit in Rußland selber ist in den gleichen Beschränkungen geblieben. Dort, wo die russische Verfassung von den allgemeinen Grundrechten spricht, heißt es, daß die gesamte Presse ausschließlich in die Hände des Proletariats übergegangen ist. Diese Tatsache hat zwei Seiten. Auf der einen ist zu buchen, daß die Verbreitung der Presse unter dem Kommunismus mit der fortschreitenden Bekämpfung des Analfabetentums gestiegen ist. Wenn ein vor Jahresfrist in Moskau gegründetes Bauernblatt, die „Krestjanska Gaseta“, heute in 400 000 Exemplaren gedruckt wird, so gelangt sicher nicht jedes in eine Bauernhütte, die Propaganda wird hier vielleicht einen besonders starken Verlauf haben; aber allein schon das Vorhandensein einer ganz dem Interesse der Bauern gewidmeten Tageszeitung bedeutet für Rußland etwas Neues. Auf der anderen Seite ist die absichtliche Beschränkung der Zeitungen auf proletarische Interessen etwas, was Ihren Horizont zu künstlich einengt, als daß es ohne Selbstschädigung aufrecht erhalten werden könnte. Die Drucklegung einer nicht-kommunistischen Zeitung oder auch nur eines Flugblattes ist im ganzen Reich ausgeschlossen.

Einen großstädtischen Charakter haben eigentlich nur mehr die Moskauer Blätter; die Petersburger, einst weit voraus, sind auf Provinzniveau gesunken, in noch weiterem Abstand folgt Charkow. Moskau hat drei „große“ Tageszeitungen: die „Iswestija“ („Nachrichten“), abgeleitet aus Nachrichten des Zentralkontrollausschusses des Sowjetbundes usw.), die „Pravda“ („Wahrheit“) und die „Ekonomitjeskaja Schisn“ („Wirtschaftsleben“). Ihre Auflagesiffern sind in derselben Reihenfolge: 700 000, eine halbe Million, 250 000. Das Verbreitungsgebiet erstreckt sich über das ganze Reich, während die Moskauer Arbeiterbevölkerung lieber die kleine, handliche „Rabottschaja Gaseta“ („Arbeiterzeitung“) liebt. Politisch steht natürlich alles auf derselben Linie der herrschenden kommunistischen Partei, mit den Nuancen, daß die „Iswestija“ mehr das Staatsblatt und die „Pravda“ den eigentlichen Parteimoniteur darstellt, während die „Ekonomitjeskaja Schisn“ sich überhaupt auf wirtschaftliche Fragen beschränkt. Bei dem riesigen Format dieser Blätter (88 x 55) und dem Umfang von 2 bis 3 Bogen ist der Einzelpreis von 5 Kopeken, ein Rubel im Monatsabonnement, niedrig. Das teure Papier bildet auch in Moskau die Klage sämtlicher Zeitungsleute. Der Inseratenteil umfaßt ein Fünftel bis ¼ des Umfangs, die Anzeigen stammen aus allen Gebieten des Geschäftslebens, von den großen Trusts bis zum Kleinhandel, wobei die Anknüpfungen der großen Staats- und Parteiverlage besonderen Raum einnehmen. Die Werbung der Anzeigen geschieht durch die Agenten wie bei der „kapitalistischen“ Presse.

Die Frage des journalistischen Nachwuchs ist ebenso brennend wie die des Führerersatzes überhaupt. Die Herausziehung junger Kräfte direkt aus dem Arbeiterberuf, die besonders Kroßki angeregt hatte, durch die sogenannten Korborti (Arbeiterkorrespondenten), hat nicht immer in die journalistische Bahn geführt, sondern mehr Kontrollposten der Partei gebildet; erst in allerjüngster Zeit stellt man einen direkten Zusammenhang zwischen den Mitarbeitern in der Fabrik und den Redaktionen her. Es sind keineswegs ausschließlich Parteimitglieder, die in den Redaktionen sitzen, man trifft Männer, die früher in der bürgerlichen Presse tätig waren, ebenso, wie freiwillig oder unfreiwillig aus der Partei ausgeschlossene Kommunisten. Die Gehälter der Redakteure unterstehen keinem Gewerkschaftsschutz, sondern nur freier Abmachung, das Einkommen einiger an exponierter Stelle stehender Journalisten hat sogar sehr das Augenmerk der S.R.R. (Zentralkontrollkommission) der Partei auf sich gezogen.

Der größte Mangel dieser Presse ist die Uniformierung ihres Nachrichtenstands. Auf diesem Gebiet ist in völliger Verkennung des wahren Charakters der Nachricht eine Monopolstellung für die Rosta geschaffen worden. Die Rosta ist der direkte Nachkomme der zaristischen „Petersburger Telegraphenagentur“, deren Verträge mit den verschiedenen europäischen und amerikanischen offiziellen Agenturen sie übernommen hat. Keine Zeile über Vorgänge im Ausland wie im Inland,